

Pressespiegel 2009

November 2009

05.11.2009

Der Lkw-Anteil ist nicht gesunken

orf Bohmte.

„Nach fast eineinhalb Jahren ist es an der Zeit, Bilanz zu ziehen. Was hat uns Shared Space gebracht?“, fragte Lars Hanschen, der stellvertretende Vorsitzende der Jungen Union. Die JU Bohmte hatte zu einem Diskussions- und Informationsabend am Dienstag in das Landgasthaus Gieseke-Asshorn eingeladen.



Das Bohmter Zentrum mit dem Shared-Space-Platz. Das Projekt ist nach wie in der Diskussion.

Foto: Friedrich Lücke

Shared Space ist nach wie vor ein Thema – im Ort, aber auch überregional. Fast täglich kommen bis heute Abordnungen aus anderen Kommunen, um sich das EU-Projekt anzusehen. Gemeindebürgermeister Klaus Goedejohann stellte einige Ergebnisse der Verkehrszählung und -untersuchung vor, die die Fachhochschule Osnabrück mithilfe von Bohmter Schülern im Mai durchgeführt hatte. Wichtig sind die Vergleichsdaten des Jahres 2006, als an identischen Kontrollpunkten gezählt worden war. Danach ist die Verkehrsbelastung nicht spürbar gesunken. „Es ist nicht gelungen, die Lkw aus dem Ort herauszudrängen“, so Goedejohann. Diese Hoffnung habe sich nicht erfüllt. Wie 2006 bewirken übrigens die Bohmter selbst 59 Prozent des Verkehrs. Nur 41 Prozent zählen zum Durchgangsverkehr.

Dennoch sei Shared Space ein Erfolg, betonte Goedejohann. Das mache auch die Zufriedenheitsanalyse klar, die die Fachhochschule erstellt hat. Basis waren Interviews mit Passanten, Anwohnern und Gewerbetreibenden. Mehr als 80 Prozent der Befragten äußerten sich positiv zu dem Projekt. Einziger Negativfaktor: die hohe Zahl der Lkw.

Es gibt Unfälle im Shared-Space-Bereich. Im Vergleich zu den Zeiten der Ampelkreuzung Levrerner Straße/Bremer Straße sei die Sicherheit aber deutlich verbessert, betonte Peter Hilbricht von der Polizei Bohmte. Das sehe die Polizei Osnabrück auch so. Ein Großteil der Unfälle, die in der Statistik auftauchen, waren Kollisionen mit einer Straßenlaterne – die übrigens schon vor einigen Monaten abgebaut wurde. „Es gab keinen einzigen Unfall mit Fußgängern, die den Platz überqueren wollten“, bekräftigte Goedejohann. Auch Schüler und Kindergartenkinder hätten keine Probleme. Das Projekt sei ein Prozess, so der Bürgermeister. „Wir alle sind täglich gefordert, Shared Space zu leben.“

Ein Kritikpunkt sind die Kosten. Goedejohann hierzu: „Shared Space war sicherlich ein finanzieller Kraftakt, aber die Kommune ist nach wie vor handlungsfähig.“ Das gesamte Vorhaben habe ein Volumen von 2,1 Millionen Euro; darin enthalten sei allerdings auch der Radwegebau am Schwaken Hofe Richtung Ovelgönne mit mehr als 600000 Euro. Die Gestaltung des zentralen Platzes habe eine Million Euro gekostet. Gut die Hälfte der Gesamtsumme hat die Gemeinde selbst finanziert.

Soll Shared Space Teil zwei verwirklicht werden? Wolfgang Pauls von der Interessengemeinschaft Nord (IGN) sprach sich – ebenso wie die anderen Diskussionsteilnehmer – dafür aus, das Projekt

weiterzuführen. Im kommenden Jahr sollen konkrete Pläne erstellt werden, wie Shared Space die Bremer Straße bis hinunter zum Bahnhof aussehen könnte. Mit Beteiligung und in Abstimmung mit Bürgern, Anliegern und Grundstücksbesitzern. Die Finanzierung möglicher Baumaßnahmen ist zwar noch nicht gesichert. „Aber es ist gut, fertige Pläne in der Schublade zu haben, wenn sich in Zukunft einmal eine Möglichkeit zur Realisierung bietet“, so Goedejohann.

„Shared Space: Geteilter Raum – geteilte Meinung?“, so hatte die Junge Union den Abend überschrieben. Eine geteilte Meinung über das Projekt an sich war auf dem Podium und unter den Besuchern der Veranstaltung nicht festzustellen. Als gut bis sehr gut wurde Shared Space beurteilt. Ein Punkt sorgte aber für eine heftige Debatte. Darf man den Shared-Space-Platz geradeaus mit dem Auto queren oder muss man rechts herum fahren? Polizei und Kommune appellierten an die Bürger, die zweite Variante zu wählen.

Die Tatsache, dass im Zuge des Projektes die Verkehrsschilder abmontiert worden sind, bedeute allerdings nicht, dass jeder so fahren könne wie er wolle. „Die Grundregeln der Straßenverkehrsordnung sind wohl nicht mehr allen bekannt“, kritisierte Fahrlehrer Günter Rubcic aus Bohmte das Verhalten eines Teils der Verkehrsteilnehmer. Rechts vor links und gegenseitige Rücksichtnahme seien wesentliche Bestandteile der Ordnung – auch gänzlich ohne entsprechende Beschilderung.

Oktober 2009

28.10.2009

Geteilter Raum – Geteilte Meinung?

egb Bohmte.

„Der Raum muss den Leuten sagen, wie sie sich verhalten sollen“, mit diesem Satz erklärte der Ideengeber von Shared Space, Hans Mondermann, sein Projekt.



Das entscheidende Merkmal von Shared Space ist, dass Verkehrsschilder, Fußgängerinseln, Ampeln und andere Barrieren nicht mehr notwendig sind, da alle Verkehrsteilnehmer, vom Autofahrer bis zum Fußgänger, rücksichtsvoll und gleichberechtigt miteinander umgehen.

Das EU-Projekt Shared Space soll die Straßen sicherer machen und so auch die Attraktivität des Ortes zu erhöhen. Auf dieser Weise soll nicht zuletzt auch der heimischen Wirtschaft ein Impuls gegeben werden.

Weniger Schilder, mehr Rücksichtnahme und Verantwortung. Dafür steht Shared Space. Archivfoto: dpa

Das Ziel von Shared Space ist somit, Lebensqualität und Sicherheit im Bohmter Ortskern zu verbessern, indem man den Menschen in den Vordergrund stellt. Dieses Projekt wird nun seit über einem Jahr im Bohmter Ortskern realisiert.

Aber wird Shared Space seinen Zielen und Ansprüchen gerecht? Diese und weitere interessante Fragen zu den Erfolgen und Problematiken von Shared Space möchte die Junge Union Bohmte während eines öffentlichen Diskussionsabends am Dienstag, 3. November, um 19.30 Uhr im Landgasthaus Gieseke-Asshorn erörtern.

Zu Beginn der Veranstaltung werden die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung und Zufriedenheitsanalyse präsentiert, die im Auftrag der Gemeinde Bohmte durch das RIS-Kompetenzzentrum für Verkehr und Logistik erarbeitet worden sind.

Im Anschluss daran folgt die Podiumsdiskussion mit Bürgermeister Klaus Goedejohann, Peter Hilbricht (Polizeistation Bohmte), Stefan Mosel (Interessengemeinschaft Nord), Hubertus

Brörmann (Gewerbetreibender und Anlieger) sowie Günter Rubcic (Fahrlehrer).

In einer sich anschließenden Fragerunde besteht die Möglichkeit, Anregungen und Meinungen mit den Gästen zu diskutieren.

Oktober 2009

21.10.2009

Mit einer neuen Mannschaft in das nächste Jahr

evkö Fürstenau/Bippen/ Berge.

Viel bewegt habe die Junge Union in der Samtgemeinde Fürstenau. Das ist das Fazit, das der Vorsitzende Pascal Hampel während der Jahreshauptversammlung zog. Gast war unter anderen Samtgemeindebürgermeister Peter Selter, der auch zum Ferien- und Freizeitpark in der ehemaligen Pommernkaserne Stellung bezog.



Die Junge Union mit Samtgemeindebürgermeister Peter Selter und dem CDU-Vorsitzenden Friedhelm Spree.

Foto: Eva Köbbemann

In seinem Jahresbericht nutzte Pascal Hampel zunächst die Gelegenheit, um einigen Gerüchten über den Vorstand der Jungen Union zu widersprechen. Er betonte, dass der Vorstand sich nicht zerstritten habe. Die Neuwahl sei notwendig geworden, weil einige Mitglieder mit dem Studium begonnen hätten und weil mit Georg Heile ein Vorstandsmitglied verstorben sei.

Zu den Erfolgen des vergangenen halben Jahres zählte Pascal Hampel die Einrichtung des Jugendparlaments ab Januar und die Anschaffung einer mobilen Skateranlage. Enttäuscht zeigte er sich allerdings darüber, dass die CDU-Fraktion im Samtgemeinderat den Beschluss über ein Alkoholverbot an öffentlichen Plätzen nicht mitgetragen hat (wir berichteten).

Zurzeit stellt die Junge Union eine „Top Ten“-Liste der „Schandfleck“ in Fürstenau zusammen, um so auf Innenstadt-Probleme einzugehen. Die Liste soll die Besitzer dazu anregen ihre Häuser zu sanieren. Weiterhin steht für das nächste Jahr die Vorbereitung auf die Kommunalwahl 2011 auf dem Plan. Dafür will die Junge Union ein Kompetenzteam zusammenstellen.

Schließlich gab Pascal Hampel bekannt, dass er für eine Neuwahl nicht mehr zur Verfügung stehe. Zum neuen Vorsitzenden wählten die Mitglieder einstimmig Johannes Selker, sein Stellvertreter wird Sven Selker. Neuer Geschäftsführer und Schatzmeister ist Daniel Magdanz, Pressesprecher Christian Höveler. Beisitzer sind Daniel Geske, Anke Gierke und Georg Freudekind. Das Amt der Kassenprüfer übernehmen Martina Schmidt und Christian Holthaus.

Im Zusammenhang mit der Wahl stimmten die Mitglieder zudem einstimmig einer Satzungsänderung zu. Ziel dieser Änderung ist es, erfahrenere Vorstandsmitglieder auch über einen etwas längeren Zeitraum im Vorstand zu halten. So soll vermieden werden, dass der Vorstand komplett ausgewechselt werden muss.

Unterstützung von der „großen Politik“ bekommen die Vorständler aber auf jeden Fall. So lobte CDU-Chef Friedhelm Spree die Arbeit des scheidenden Vorsitzenden und sicherte auch dem neuen Vorstand bei Bedarf Hilfe zu.

Jugend- und Kulturausschusses begrüßten das Interesse der jungen Leute an dem politischen Geschehen in der Samtgemeinde und ihren Wunsch, aktiv daran mitzuwirken. Die Idee eines Jugendparlamentes fanden sie grundsätzlich gut, die weitere Vorgehensweise und die Ausgestaltung eines solchen Gremiums sollen in weiteren Ausschusssitzungen beraten werden.

Alfons-Julius Bruns, Jugendpfleger der Samtgemeinde, erläuterte während der Sitzung die Vorteile einer mobilen Skateranlage. Der Wunsch sei beim letzten Jugendforum von den Jugendlichen nach einem Kino an zweiter Stelle genannt worden. Mit der mobilen Skateranlage würde eine sportliche Form der Freizeitbeschäftigung an wechselnden Standorten in der Samtgemeinde angeboten, die auch für Schul- und Vereinsfeiern genutzt werden könnte. Die Anschaffungskosten beliefen sich auf rund 10000 Euro. Die Ausschussmitglieder stimmten dem Erwerb einer mobilen Skateranlage zu.

September 2009

03.09.2009

Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen?

ja Fürstenau/Bippen/ Berge.

Forsch, forsch. Die Junge Union in der Samtgemeinde Fürstenau fordert, dass die Kommune das Trinken von Alkohol auf öffentlichen Plätzen – zum Beispiel im Schlosspark in Fürstenau – verbietet.

Damit wolle die Junge Union einerseits Bürger vor alkoholisierten Mitbürgern schützen. Andererseits wolle sie so besonders junge Menschen selbst vom Trinken abhalten. Ausnahmen könne es natürlich bei Veranstaltungen wie Kirmes oder Stadtfest geben. Mit diesem Vorstoß wird sich nun der Jugend- und Kulturausschuss der Samtgemeinde am 7. September befassen. Allerdings lassen sich solche Verbote nicht einfach so aussprechen. So hat der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg Polizeiverordnungen der Stadt Freiburg zu Alkoholverboten für unwirksam erklärt. Im Gegenzug wies das Gericht aber ausdrücklich darauf hin, dass der Gesetzgeber tätig werden müsse, wenn schon im Vorfeld dem Alkoholmissbrauch an Brennpunkten entgegengewirkt werden solle. Kurzum: Es könnte sich eine lohnenswerte Debatte entwickeln, die angesichts von Exzessen gerade bei jungen Leuten – zum Beispiel kürzlich in Schwagstorf – durchaus notwendig ist.

August 2009

15.08.2009

„Die IGS ist nicht irgendeine Schule“

ja Fürstenau/Bippen/ Berge.

Vergangene Woche hat die Bersenbrücker Verwaltung erklärt, den Schülerströmen in Richtung der IGS nach Fürstenau massiv gegengesteuert zu haben. Daraufhin hat die Junge Union in der Samtgemeinde Fürstenau der Samtgemeinde Bersenbrück vorgeworfen, gegen die kommunale Gemeinschaft zu handeln. In einem Gespräch bezog der Bürgermeister der Samtgemeinde Fürstenau, Peter Selter, Stellung.



Herr Selter, wie haben Sie die Aussagen zu den „Gegensteuerungsmaßnahmen“ verstanden?

Die Äußerung aus Bersenbrück wird so nicht gemeint gewesen sein. Es ist gut, dass alle Gemeinden ihre Schulen – allesamt – so gut aufgestellt wissen möchten wie möglich. Es geht um unsere Kinder und Jugendlichen. Ihnen ein interessantes Bildungsangebot zu bieten ist die zentrale Zukunftsaufgabe für unsere Region.

Die IGS wird als ein Ziel der „Gegensteuerungsmaßnahmen“ genannt.

Die Integrierte Gesamtschule Fürstenau ist nicht irgendeine Schule. Ganz im Gegenteil. Sie ist die größte allgemeinbildende Schule im nördlichen Osnabrücker Land. Ich verstehe den Nordkreis als kooperative Region mit einem hohen gemeinsamen Potenzial. Das heißt, dass eine starke IGS auch eine Stärkung für unsere Bildungslandschaft in allen vier Nordkreis-Samtgemeinden ist.

Was halten Sie generell von „Gegensteuerungsmaßnahmen“ in den jeweiligen Kommunen?

Die passen nicht in die Zeit. Der Elternwille zählt. Und wenn Eltern sich entscheiden, dann unterstütze ich das als Kommune. Es wäre ja fast so, als wenn wir versuchen würden, die Eltern zu überzeugen, die Berufsschüler nicht nach Bersenbrück zu schicken, sondern beispielsweise nach Lingen. Eine absurde Vorstellung. Das wäre echter Unsinn.

Die Samtgemeinden arbeiten – so ist es jedenfalls vereinbart – im ILEK (Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept) eng zusammen. Wie passt diese Diskussion in das Konzept?

Gar nicht. Ich denke, es gibt ein vertrauensvolles Miteinander unter den Samtgemeinden. Dabei ist es gut, auch in einer gesunden Konkurrenz zueinander zu stehen. Das ist bei uns so. Dass ist auch überhaupt nicht störend. Das erleben wir im Alltag ja auch. Zum Beispiel in einer guten Fußballmannschaft wollen auch immer mehrere gerne Tore schießen. Wenn es einem gelingt, freut er sich, die Mannschaft freut sich, und es ist insgesamt gut für das Team. So einfach ist das.

Unterscheiden sich die vier Samtgemeinden eigentlich vom Rest des Landkreises?

Ja, wir sind insgesamt gesehen eine junge Region. Um es auf den Punkt zu bringen: Wir sind die „Kinderstube“ im Landkreis Osnabrück. Dazu gehört auch eine optimal aufgestellte Bildungslandschaft.

August 2009

14.08.2009

Hallenbad: Volle Unterstützung

Melle.

Mit fast 80 Mitgliedern ist die Junge Union (JU) die größte politische Jugendorganisation im Grönegau. Nach zwei Jahren trat nun Thomas Harpenau, der im fränkischen Bamberg sein Studium begonnen hat, auf der Mitgliederversammlung als Vorsitzender der Jungen Union Melle ab. „Für sein Engagement gebührt ihm viel Dank“, so Dennis Diekmann, der ihm im Amt des Vorsitzenden folgte.



Bürgermeister Berghegger, der als Referent zur Jahreshauptversammlung geladen war, dankte der JU für die gute Zusammenarbeit. Er ging in seinem Vortrag auch auf die aktuelle Finanzsituation der Stadt und den damit einhergehenden Stopp des Hallenbadbaus ein. Er habe so lange für sein Wahlversprechen gekämpft, wie es ihm möglich gewesen sei. Aber die aktuellen Steuermindereinnahmen von über 40 Prozent in den nächsten

Wechsel im Vorstand: Thomas Harpenau (links) studiert künftig in Bamberg. Neuer JU-Vorsitzender in Melle wurde Dennis Diekmann. Foto: privat

beiden Jahren machten es unmöglich, diese dauerhafte Mehrbelastung zu stemmen. Die JU-Mitglieder sicherten Berghegger die volle Unterstützung zu: Die wichtigsten Kernpunkte in Melle müssten die solide Finanzpolitik und die Generationengerechtigkeit sein.

Neben den vielen Aktionen, Firmenbesichtigungen, Diskussionsrunden und geselligen Abenden wird die Öffentlichkeit zukünftig wohl mehr aus den Reihen der Jungpolitiker vernehmen, so der Tenor der Versammlung. Dazu gehöre auch Kritisches. Diekmann machte in diesem Zusammenhang deutlich, dass die JU trotz ihrer Nähe zur Mutterpartei CDU durchaus eigenständig sei. Gerade in den vergangenen Monaten seien nicht alle Entscheidungen der CDU in Melle mit der Meinung der JU kompatibel gewesen.

Den neuen Vorstand vervollständigen Matthias Hartmann (stellvertretender Vorsitzender), Malte Stakowski (Schatzmeister), Philipp Hilker (Pressereferent), sowie Matthias Uhlen, Jonas Kaiser, Christoph Seidel, Thomas Harpenau und Marcel Schrage als Beisitzer und Thomas Uhlen als kooptiertes Mitglied.

August 2009

08.08.2009

Scharfe Kritik an Koops Äußerungen

Fürstenau/Bippen/ Berge.

Die Junge Union in der Samtgemeinde Fürstenau sei empört über die Äußerungen des stellvertretenden Verwaltungschefs der Samtgemeinde Bersenbrück und frage, ob die vielerorts propagierte Zusammenarbeit in der Region überhaupt ehrlich gemeint sei, heißt es in einer Mitteilung der Organisation. „Wo leben wir eigentlich – oder vielmehr in welcher Zeit?“, so der Vorstand.

Da sei am vergangenen Donnerstag zu lesen gewesen, dass sich der Erste Samtgemeinderat Johannes Koop freue, „massiv gegengesteuert“ zu haben, um die Schülerströme aus Bersenbrück zur IGS nach Fürstenau zu reduzieren. „So mögen die Landdroste im Mittelalter aufeinander geschaut haben. Die haben sicher massiv gegeneinandergesteuert. Diese Zeiten sind glücklicherweise längst vorbei.“ Aus Bersenbrücker Sicht aber offenbar nicht, so der Vorsitzende der Jungen Union, Pascal Hampel. Die Verantwortungsträger sollten einmal in das ILEK-Programm unter „www.ilek-nol.de“ schauen, empfehlen die jungen Politiker weiter. Dort werde für das Nordland als Stärke das „flächendeckende Angebot weiterführender Schulen“ von allen vier Samtgemeinden hervorgehoben. „Vielleicht wäre es hilfreich, wenn Herr Koop sich einmal die Zeit nimmt, das ILEK zu lesen“, erklärt Pascal Hampel weiter. Gleichwohl habe die Äußerung auch etwas Gutes, meint der JU-Vorsitzende. „Der große Respekt vor der IGS ist erneut eine gute Werbung für die Schule, die zu den besten der Region gehört.“

JU fordert Jugendkreistag

ra Osnabrück.

Forderungen der Jungen Union (JU) im Osnabrücker Land, den Jugendkreistag wieder einzusetzen, fallen offenbar auf fruchtbaren Boden. Zuletzt war es 2002 zur dritten und bis dahin letzten Sitzung dieser Art gekommen.

„Wir lassen es uns nicht gefallen, dass eine direkte Beteiligung der unter 18-Jährigen im Osnabrücker Land länger ausgeschlossen wird“, hatte JU-Chef Benedict Pöttering in einer Pressemitteilung erklärt. Mit der Wiedereinrichtung des Jugendkreistages im Landkreis Osnabrück fordert die Nachwuchsorganisation der CDU, Jugendlichen eine direkte politische Beteiligung zu ermöglichen.

In Niedersachsen haben Jugendliche, die nicht volljährig sind, nur das aktive Wahlrecht. Sie dürfen also wählen gehen, sich jedoch nicht selbst wählen lassen. „Die Generation der unter 18-Jährigen existiert in der politischen Arena somit einfach nicht“, moniert Pöttering, „mit der Wiedereinrichtung des Jugendkreistages wollen wir die Jugendlichen im Osnabrücker Land aus ihrer politischen Schwerelosigkeit bewegen.“

Bei Themen wie Bildung, Arbeitsplätze, Sportstätten, aber insbesondere auch Verschuldung dürfe nicht über die Köpfe Jugendlicher hinweg entschieden werden. Der JU-Chef: „Hier sind wir als junge Generation und direkt Betroffene zu beteiligen!“ Ein regelmäßig tagender Jugendkreistag sei hier die Voraussetzung, um sicherzustellen, „dass die Politik im Landkreis auch zukünftig von unserer Generation verstanden, gestützt und mitgestaltet wird“, so Pöttering weiter.

Der Sprecher der CDU/FDP/UWG-Mehrheitsgruppe im Kreistag, Georg Schirmbeck, schloss sich auf Anfrage der JU-Forderung an. „Das bringt den Jugendlichen etwas, aber auch den Abgeordneten“, sagte der CDU-Politiker aus Hasbergen. 1999, 2000 und 2002 hatte es Jugendkreistage mit jeweils 200 bis 250 jugendlichen Teilnehmern gegeben. Sie stellten konkrete Anträge, die von den Kreisverwaltung für eine außerordentliche Kreistagssitzung aufbereitet und dann vom Kreistag beraten und entschieden wurden.

So wurden beispielsweise von der Lindenschule in Melle 1500 Euro für den mobilen Theaterwagen „Rolling Stage“ beantragt und schließlich auch vom Kreistag genehmigt. Aus dieser Initiative ist mittlerweile eine Schülerfirma entstanden. Die Kosten für einen Jugendkreistag beziffert die Kreisverwaltung auf Anfrage auf jeweils rund 25000 Euro.

Für ein Jugendparlament in der Samtgemeinde

Fürstenau/Bippen/ Berge.

Die Errichtung eines Jugendparlaments in der Samtgemeinde Fürstenau war ein Thema in der jüngsten Sitzung des CDU-Gemeindeverbandes. Pascal Hampel und Heiko Averbeck von der Jungen Union stellten den Vorstandsmitgliedern ein entsprechendes Konzept vor.

Die Junge Union in der Samtgemeinde Fürstenau möchte durch das Jugendparlament eine überparteiliche Plattform zur Aussprache und Mitsprache schaffen, wie es bei dem Treffen hieß. Jugendliche sollten die Chance bekommen, der Verwaltung und den Parteien in der Samtgemeinde Anregungen und Wünsche mitzuteilen. Des Weiteren können Jugendliche das Präsentieren und das Diskutieren erlernen. Zudem werde ihnen die Kommunalpolitik nähergebracht.

Die CDU-Vorstandsmitglieder sprachen sich nach der Vorstellung des Konzeptes einstimmig für die Unterstützung des JU-Projektes aus. Vorsitzender Friedhelm Spree erklärte dazu, dass es wichtig sei, dass junge Menschen bereits früh die Möglichkeit erhielten, verantwortungsbewusst an den politischen Entscheidungen mitzuwirken, von denen sie später betroffen seien. Überdies lernten sie demokratische Gepflogenheiten kennen.

Nach den Vorstellungen der Jungen Union soll das Jugendparlament aus 15 Mitgliedern im Alter von 14 bis 25 Jahren bestehen, und zwar aus elf festen Teilnehmern, von denen fünf aus der Stadt Fürstenau und jeweils drei aus Bippin und Berge kommen. Diese festen Mitglieder könnten sich bei der Samtgemeindeverwaltung bewerben und würden von dem Samtgemeindebürgermeister benannt. Die Amtszeit solle auf ein Jahr festgelegt sein.

Die übrigen vier Mitglieder rotierten. Dazu könne eine Warteliste angelegt werden, die es ermögliche, dass die Interessenten mindestens an einer Sitzung des Jugendparlamentes teilnehmen könnten, bevor die nächsten Kandidaten folgten.

April 2009

17.04.2009

Junge Union: Zukunft der IGS sichern

Fürstenau.

Die Junge Union fordert die Einrichtung eines fachgymnasialen Zweiges an der Integrierten Gesamtschule in Fürstenau. Es dürfe nicht das Ziel sein, das gewünschte Fachgymnasium in Bersenbrück zu konzentrieren. Es müsse vielmehr ortsnahe Angebote – eben auch in Fürstenau – geben, um den Bedarf ohne langwierige Busfahrten nach Bersenbrück decken zu können, so Pascal Hampel. Schüler aus dem angrenzenden Emsland würden ebenfalls angesprochen und könnten für weiteren Zulauf an der IGS sorgen. Da die gut angenommene IGS saniert und erweitert worden sei, gelte es nun, den Schulstandort auch qualitativ auszubauen, um ihn für die Zukunft zu rüsten, betonte JU-Mitstreiter Johannes Stein.

Eine zentrale Lösung würde für den Standort Fürstenau Verlust von Wettbewerbsfähigkeit bedeuten. Und dies dürfe angesichts der bisherigen Investitionen in die IGS ja wohl kaum das Ziel sein, so die JU.

Per Beschluss hat die Junge Union ihre Position zu einem fachgymnasialen Angebot während ihrer Jahreshauptversammlung noch einmal deutlich gemacht und diesen der CDU-Samtgemeindefraktion übergeben, die ebenfalls für eine dezentrale Lösung sei.

Dezember 2008

11.12.2008

Junge Union reihte sich in den Kreis der Zustifter ein

Quakenbrück.

Die Junge Union (JU) Artland ist Zustifter der „Stadtstiftung Quakenbrück – Bürger für ihre Stadt“. In der Jahreshauptversammlung der politischen Jugendorganisation überreichte Vorsitzende Christina Cordes einen Scheck über 500 Euro an den Vorsitzenden der Quakenbrücker Bürgerstiftung, August Averbeck.



Die Summe stammt aus dem Erlös eines Benefiz-Fußballturnieres, das die Junge Union in der Artland-Sporthalle durchgeführt hat. Für Christina Cordes ist die Zustiftung eine gute Möglichkeit, mit einer einmaligen Benefizveranstaltung einen dauerhaften Benefit zu erreichen. „Die Stadtstiftung hat ihre Aufmerksamkeit auch gerade auf die Jugend gelegt. Das ist ein guter Grund für uns als politische Jugendorganisation, der Stadtstiftung mit dieser Zustiftung für ihre Schwerpunktsetzung zu danken.“

JU-Vorsitzende Christina Cordes übergab die Zustiftung an den Vorsitzenden der Quakenbrücker Bürgerstiftung, August Averbeck.

August Averbeck verwies auf zahlreiche durch die Stadtstiftung angeregte oder finanziell unterstützte Projekte im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Bildung und Qualifizierung. „Ziel unseres Engagements ist es, junge Menschen heute zu fördern und dadurch ihr Interesse an einer aktiven Teilhabe an der

Gesellschaft für die Zukunft zu wecken.“ Besonders hob Averbeck vor der politischen Jugendorganisation JU auf den durch die Stadtstiftung initiierten, 2005 in Kooperation mit allen Schulen durchgeführten Jugendsamtgemeinderat ab. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden Schüler der damaligen achten Jahrgangsstufe aus allen Quakenbrücker Schulen in die Arbeitsweise von Rat und Verwaltung eingeführt.

Quakenbrücks CDU-Vorsitzender Christian Calderone sprach von einer „tollen Idee der Jungen Union“. Die JU sei damit nicht nur jüngster Zustifter der Stadtstiftung, sondern auch der erste Verband, der eine solche Donation an die Stiftung übergibt. Calderone dazu: „Die Stadtstiftung wirkt in Quakenbrück und im Artland positiv für die Bürgergesellschaft, unterstützt zahlreiche Vereine, Verbände und Einrichtungen.“ Nun aus der verfassten Bürgerschaft als Bürgerstiftung selber Unterstützung zu erfahren, sei ein schönes Zeichen.

Dezember 2008

05.12.2008

Große Straße als Fußgängerzone?



Von Jürgen Ackmann

Fürstenau/Bippen/ Berge.

Pascal Hampel ist 18 Jahre alt und seit Mai Vorsitzender der Jungen Union (JU) in der Samtgemeinde Fürstenau. Für das Jahr 2009 hat sich seine Organisation viel vorgenommen. „Wir wollen Anwalt unserer Generation sein“, sagt der Bankkaufmann. Im Interview erläuterte er die Ziele der JU.

Herr Hampel, welche Themen stehen 2009 auf Ihrer politischen Agenda?

Natürlich Jugend, Familie und Bildung. Aber auch die Fürstenauer

Innenstadtentwicklung und die Sicherheit. Da wollen wir Stellung beziehen und mitmischen.

Dann los. Fangen wir mit Jugend, Familie und Bildung an.

Gut. Wir wollen auf jeden Fall, dass es im Nordkreis ein fachgymnasiales Angebot für Schüler gibt. Ein Zweig – zum Beispiel für Gesundheit – sollte an der IGS eingerichtet werden, um den Schulstandort zu stärken und um den jungen Leute gute Bildungsperspektiven zu bieten.

Ein weiterer Punkt, der wichtig ist: Wir wollen uns bei der Samtgemeinde für eine eigene Internetseite stark machen, in der unsere Generation auf einem Blick nachschlagen kann, welche Freizeitangebote es in der Gegend gibt. Die Möglichkeiten sind oft gar nicht bekannt. Über das Internet, das nun mal das Kommunikationsmittel Nummer eins ist, könnte sich das ändern. Ein dritter Punkt: Wir fordern nicht nur ein Forum für Jugendliche unter 18 Jahre, sondern auch eines für junge Leute über 18. Auch an die muss gedacht werden, wenn die Politik möchte, dass sie in der Region bleiben.

Nächstes Thema. Innenstadt.

Da möchten wir, dass Kommunalpolitik und Geschäftswelt noch einmal über die Einrichtung einer Fußgängerzone in der Großen Straße in Fürstenau nachdenken. In Bramsche ist das auch gemacht worden. So weit ich weiß, war das eine Supermaßnahme. Da es in Fürstenau um die Große Straße herum genug Parkplätze für Autos gibt, lässt sich das auch hier machen. Außerdem würde auch die Lebensqualität steigern. Und darum geht es schließlich. Im Januar werden wir auf jeden Fall zu dem Thema eine Tagung machen.

Drittes Thema. Sicherheit.

Wir sind schon der Meinung, dass die Sicherheit in der Samtgemeinde gewährleistet ist. Das subjektive Empfinden ist aber manchmal anders. Das habe ich schon häufiger mitbekommen – ob es um Bushaltestellen oder den Zeitraum vom Notruf bis zur Ankunft einer Streife ging. Wir haben deshalb Dr. Michael Lübbersmann von der Samtgemeinde Bersenbrück eingeladen, der uns über Bürgerstreifen informieren wird. In seiner Kommune läuft das Projekt bereits. Vielleicht ist das eine Möglichkeit, Positives zu bewirken. Übrigens: Zu allen Themen wollen wir, dass die Bürgermeister in der Samtgemeinde Stellung beziehen.